



Haushalts- und Finanzausschuss

44. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

31. Oktober 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:50 Uhr;

14:00 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Umsetzung der neuen Bundesbankstruktur und Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen	1
Gespräch mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung Düsseldorf der Deutschen Bundesbank, Herrn Friedel Fleck	
Präsident Friedel Fleck berichtet dem Ausschuss.	1
Anschließend ergibt sich eine längere Aussprache.	6
Dabei spricht sich der Ausschuss einmütig dafür aus, die regionale Branchenberichterstattung der Hauptverwaltung auch im künftigen Bundesbanksystem beizubehalten.	

*) Vertraulicher Teil s. Vertr. APr 13/15

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003 (Haushaltsgesetz 2003) und Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenverordnung - BVO)** 10
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/2800 und 13/3150 (1. Ergänzung)
Erste Beratung aller Einzelpläne und Beratung der 1. Ergänzung der Landesregierung
- MDgt Dr. Berg (FM) trägt Erläuterungen zur 1. Ergänzung vor. 10
- Anschließend debattiert der Ausschuss Fragen zur 1. Ergänzung und zur Steuereinnahmeentwicklung. 12
- 3 Aktuelle Einnahmesituation bei der Körperschaftsteuer** 16
- Bericht des Finanzministeriums
- Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Finanzminister Peer Steinbrück entgegen, an den sich eine kurze Aussprache anschließt.
- 4 Staatsvertrag über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußballweltmeisterschaft Deutschland 2006** 18
- Antrag der Landesregierung
Drucksache 13/2822
- Nach kurzer Erörterung wird Einvernehmen erzielt, seitens des Haushalts- und Finanzausschusses keine Initiative zur Wiederaufnahme der Beratung zu ergreifen.

5 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Vergnügungssteuer 19

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2966

Vorlage 13/1681

Zuschriften 13/2178, 13/2180 und 13/2200

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend. Er **verzichtet** einvernehmlich darauf, gegenüber dem federführenden Ausschuss eine **Empfehlung auszusprechen**.

6 Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin in der Justiz weiter verbessern 20

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1542

In Verbindung damit:

Justizkompetenzzentrum

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1583 - Neudruck

Vorlagen 13/1385 und 13/1744

Entsprechend dem Votum des Unterausschusses "Personal" **entscheidet** der Ausschuss einmütig, über den Antrag **nicht abzustimmen**. Er empfiehlt, die weitere Beratung im Rechtsausschuss zu führen.

**7 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 32. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz (HBFüG)** 21

Vorlage 13/1540

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

8 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 21

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksachen 13/2377 und 13/2969 (Zwischenbericht)

Zuschriften 13/1692, 13/1756, 13/1834, 13/1865, 13/1893, 13/1911, 13/1912, 13/1942, 13/1947, 13/1969 und 13/1984

Der Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs. Über ein Votum will er erst nach der nächsten Beratung des Kulturausschusses entscheiden.

9 Zweites Gesetz zur Einführung des Euro für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Euro-Einführungsgesetz Nordrhein-Westfalen - 2. EuroEG-NRW) 22

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/3016

Nach kurzer Erörterung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag einstimmig, dem Gesetzentwurf **zuzustimmen**.

Berichterstatter: Manfred Palmén (CDU)

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regionalisierung des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs sowie zur Weiterentwicklung des ÖPNV (Regionalisierungsgesetz NRW) 23

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2706

APr 13/637

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf.

Der **Antrag**, die Abstimmung auf den 14.11.2002 zu **vertagen**, wird mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP und einer Stimme der Fraktion der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei einer Enthaltung der Fraktion der Grünen **angenommen**.

- 11 **Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik - Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltentwicklungen einsetzen** 25

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2645

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Durchführung eines **Experten-gesprächs am 6. Februar 2003**. Über die einzuladenden Sachverständigen und die Fragestellungen soll am 14. November 2002 entschieden werden.

- 12 **Das Gesetz zur Errichtung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW (BLBG) einer kritischen Prüfung unterziehen** 26

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/2282

In Verbindung damit:

Autonomie ernst nehmen - Nordrhein-Westfälische Hochschulen aus der Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebs entlassen!

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/2290

Vorlagen 13/1610 und 13/1748

Beschluss über die Hinzuziehung von Sachverständigen nach § 31 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss beschließt ebenfalls einstimmig, am **13. März 2003** gemeinsam mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Forschung ein **Expertengespräch** durchzuführen und dazu die von den Fraktionen vorgeschlagenen neun Sachverständigen hinzuzuziehen.

5 Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Vergnügungssteuer

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2966

Vorlage 13/1681

Zuschriften 13/2178, 13/2180 und 13/2200

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert, der Gesetzentwurf sei am 10. September 2002 an den Ausschuss für Kommunalpolitik - federführend - und an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie den Haushalts- und Finanzausschuss zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende Ausschuss wolle seine Beratungen bereits am 6. November abschließen. Eine öffentliche Anhörung habe am 30. Oktober, also gestern, stattgefunden.

In der gestrigen Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik habe, so **Manfred Palmén (CDU)**, der Hauptgeschäftsführer des Automatenverbandes vorgetragen, dass um 27.000 Arbeitsplätze gefährdet werden müsse, wenn die Sätze von 160 auf 300 € angehoben würden. Vom Vertreter des Städte- und Gemeindebundes sei hingegen dargelegt worden, dass die Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes nur für eine bestimmte Form von Gewaltautomaten derart hohe Gebühren vorsehe. Er wisse noch nicht, wie der Ausschuss für Kommunalpolitik entscheiden werde; gefühlsmäßig meine er, dass es in Richtung Zustimmung gehe.

Erwin Siekmann (SPD) trägt vor, seine Fraktion stimme dem Gesetzentwurf ausdrücklich zu. Der Wunsch zu dieser Gesetzesänderung sei aus den kommunalen Spitzenverbänden gekommen. Argumente, die dazu führen könnten, dem Anliegen nicht zu folgen, seien für ihn in der Anhörung nicht deutlich geworden.

Michael Breuer (CDU) hielte es aus Respekt gegenüber den Anhörungsteilnehmern allerdings für erforderlich, zunächst die Anhörung auszuwerten und dann zu entscheiden.

Dies sei auch der Grund, weshalb der Ausschuss für Kommunalpolitik in einer zusätzlichen Sitzung vor dem Plenum am 6. November darüber abstimmen wolle, erläutert **Manfred Palmén (CDU)**. Andererseits habe der federführende Ausschuss zugesagt, dann definitiv zu entscheiden, damit die Städte und Gemeinden zum 1. Januar 2003 die entsprechenden Satzungen erlassen könnten. Vielleicht könne sich der Haushalts- und Finanzausschuss ja enthalten.

Ernst-Martin Walsken (SPD) plädiert dafür, ausdrücklich auf ein Votum zu verzichten.

Dafür spricht sich auch der **Vorsitzende** aus; wenn die Chance bestehe, zu einem einstimmigen Ergebnis zu kommen, halte er es für sinnvoll, die Entscheidung dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

Die Einstimmigkeit werde an der FDP scheitern, bemerkt demgegenüber **Angela Freimuth (FDP)**. Ihre Fraktion werde dem Gesetzentwurf nicht zustimmen, sei aber bereit, auf das Votum heute zu verzichten.

Der **Ausschuss** beschließt sodann einstimmig, auf eine Empfehlung gegenüber dem federführenden Ausschuss zu verzichten.

6 **Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin in der Justiz weiter verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1542

In Verbindung damit:

Justizkompetenzzentrum

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1583 - Neudruck

Vorlagen 13/1385 und 13/1744

Vorsitzender Volkmar Klein teilt mit, der Unterausschuss "Personal" habe sich inzwischen mit dem Antrag befasst und einvernehmlich empfohlen, darüber nicht abzustimmen, sondern die weiteren Beratungen über das vom Justizminister vorgelegte Konzept im federführenden Ausschuss, also im Rechtsausschuss, zu führen.

Diesem Votum seines Unterausschusses schließt sich der **Haushalts- und Finanzausschuss** einstimmig an.

Aufbauorganisation

(seit 30. April 2002)

Vorstand (8 Mitglieder)

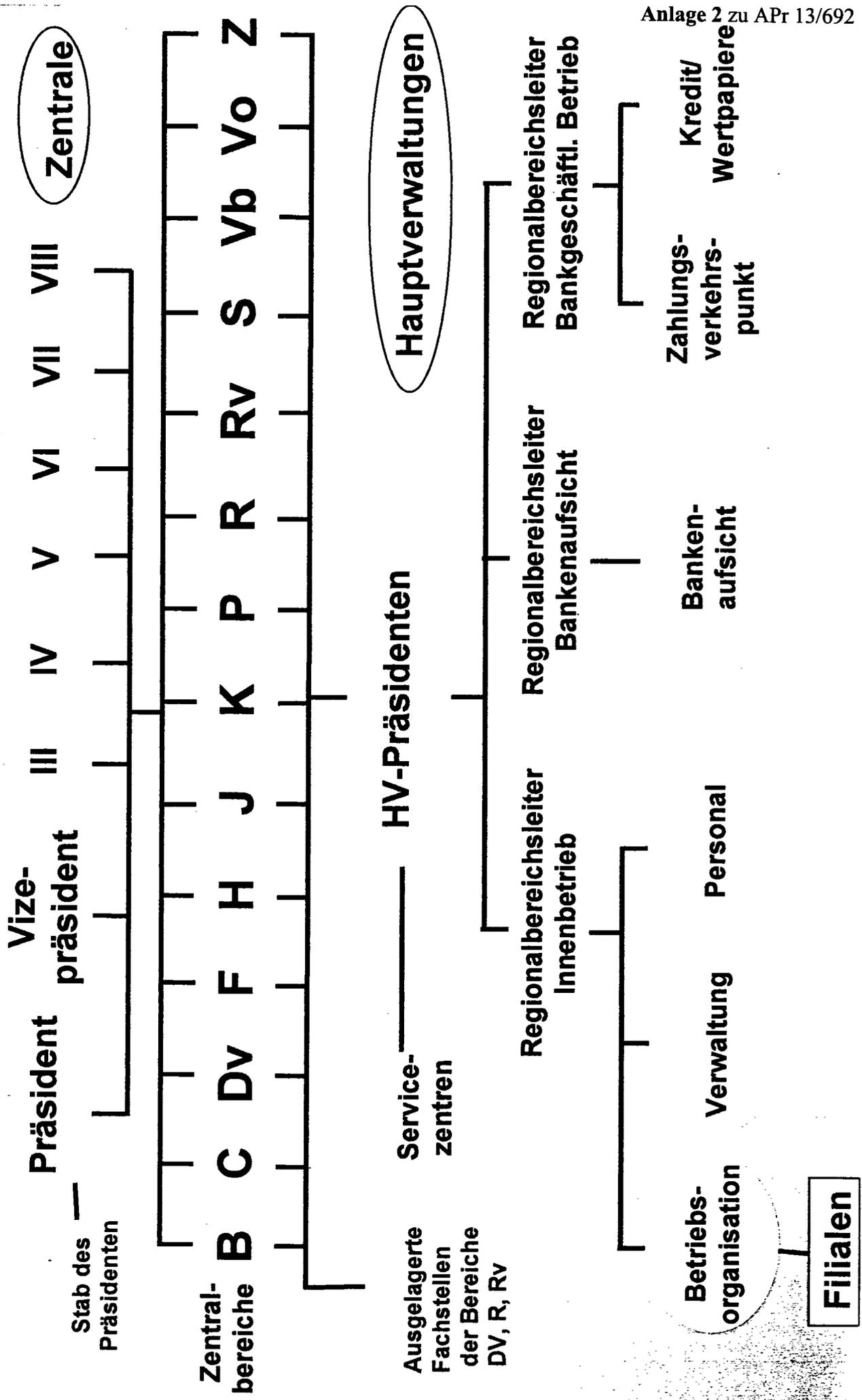
Präsident, Vizepräsident,
2 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag der Bundes-
regierung)

4 weitere Mitglieder
(Bestellung durch den
Bundespräsidenten auf
Vorschlag des Bundesrates
im Einvernehmen mit der
Bundesregierung)

9 Hauptverwaltungen
Leitung durch den Präsidenten der Hauptverwaltung
(Präsident untersteht dem Vorstand)

118 Filialen
(Filialen unterstehen der zuständigen Hauptverwaltung)

Aufbauorganisation



Aufgabenverteilung zwischen

Vorstand / Zentrale

- ➔ Leitung und Verwaltung der Gesamtbank
- ➔ Grundsatzfähigkeiten
- ➔ Zentrale Aufgaben wie Auslandsgeschäft, Geschäfte mit dem Bund und seinen Sondervermögen sowie mit Kreditinstituten mit Sonderaufgaben

Hauptverwaltungen

- ➔ Ausführende Tätigkeiten

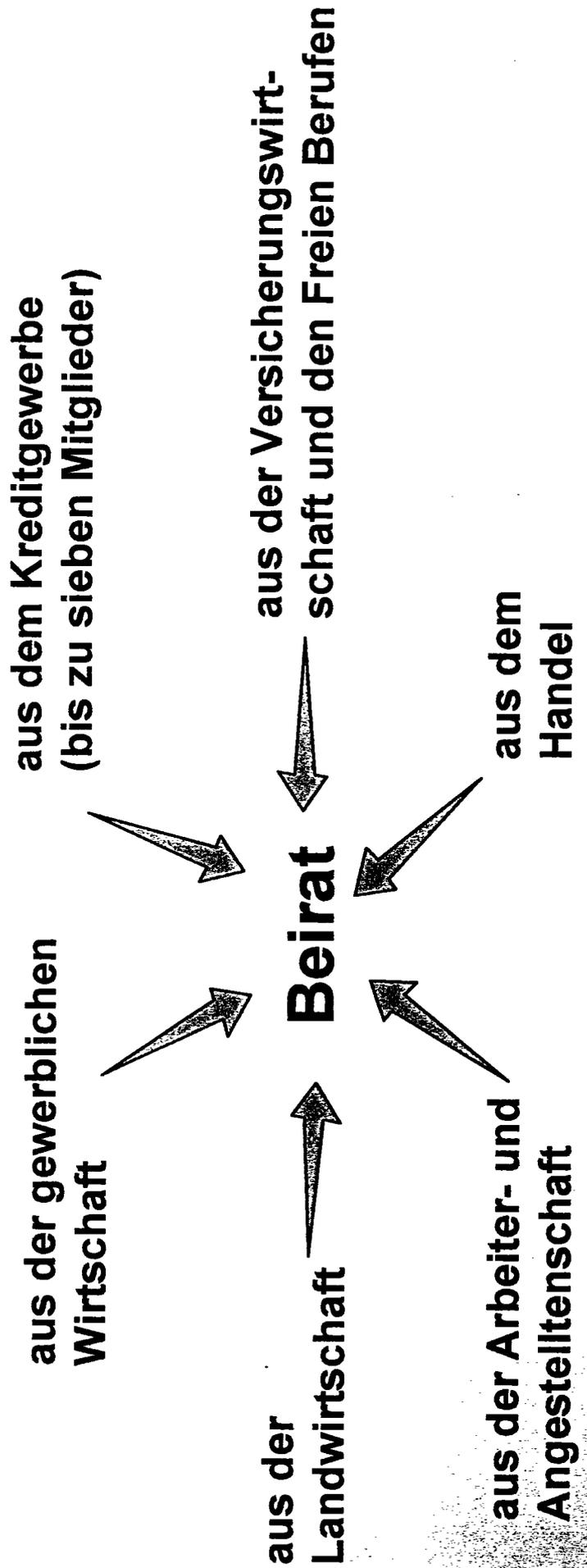
Filialen

- ➔ Abwicklung des operativen Bankgeschäftes, z.B.
 - barer/ unbarer Zahlungsverkehr
 - Kontoführung
 - Refinanzierung



Beiräte bei den Hauptverwaltungen

Die Mitglieder des Beirates beraten mit dem Präsidenten der Hauptverwaltung über die Durchführung der in seinem Bereich anfallenden Arbeiten. Die Bank pflegt so den laufenden Kontakt mit dem Kreditgewerbe und der kreditnehmenden Wirtschaft. Die bis zu 14 Mitglieder werden vom Präsidenten der Deutschen Bundesbank auf Vorschlag der jeweiligen Landesregierung berufen.



Vorstandsbeschlüsse zur künftigen Filialstruktur

Alle 46 vormaligen Zweigstellen werden mit Ablauf des 31. März 2003 in Betriebsstellen umgewandelt und sind innerhalb von fünf Jahren bis spätestens zum 30. April 2007 zu schließen.

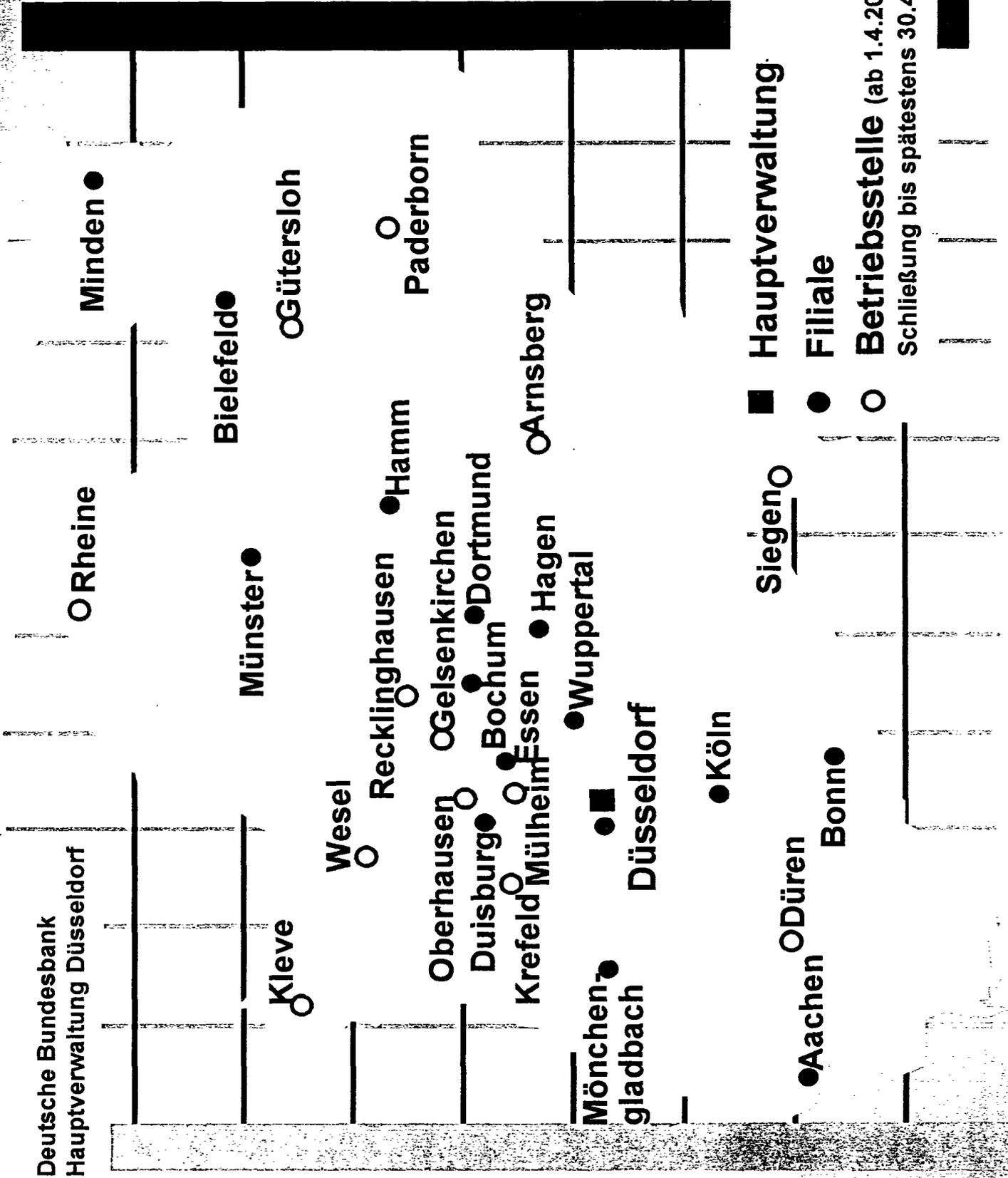
Schließungstermine

31. März 2003:	20 Filialen (8 in NRW)
2004:	7 Betriebsstellen
2005:	5 Betriebsstellen
2006:	5 Betriebsstellen
2007:	9 Betriebsstellen

Bis 2007 wird die Anzahl der Filialen von derzeit 118 auf rund 60 halbiert.

heute

118 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
28 in NRW



Deutsche Bundesbank
Hauptverwaltung Düsseldorf

○ Rheine

Bielefeld ●

Münster ●

○ Kleve

Wesel ○

○ Recklinghausen

● Hamm

○ Oberhausen

○ Gelsenkirchen

● Duisburg

○ Bochum

○ Krefeld

○ Mülheim

○ Essen

● Hagen

○ Arnoldsberg

● Wuppertal

● Mönchengladbach

● Düsseldorf

● Köln

● Aachen

○ Düren

● Bonn

○ Siegen

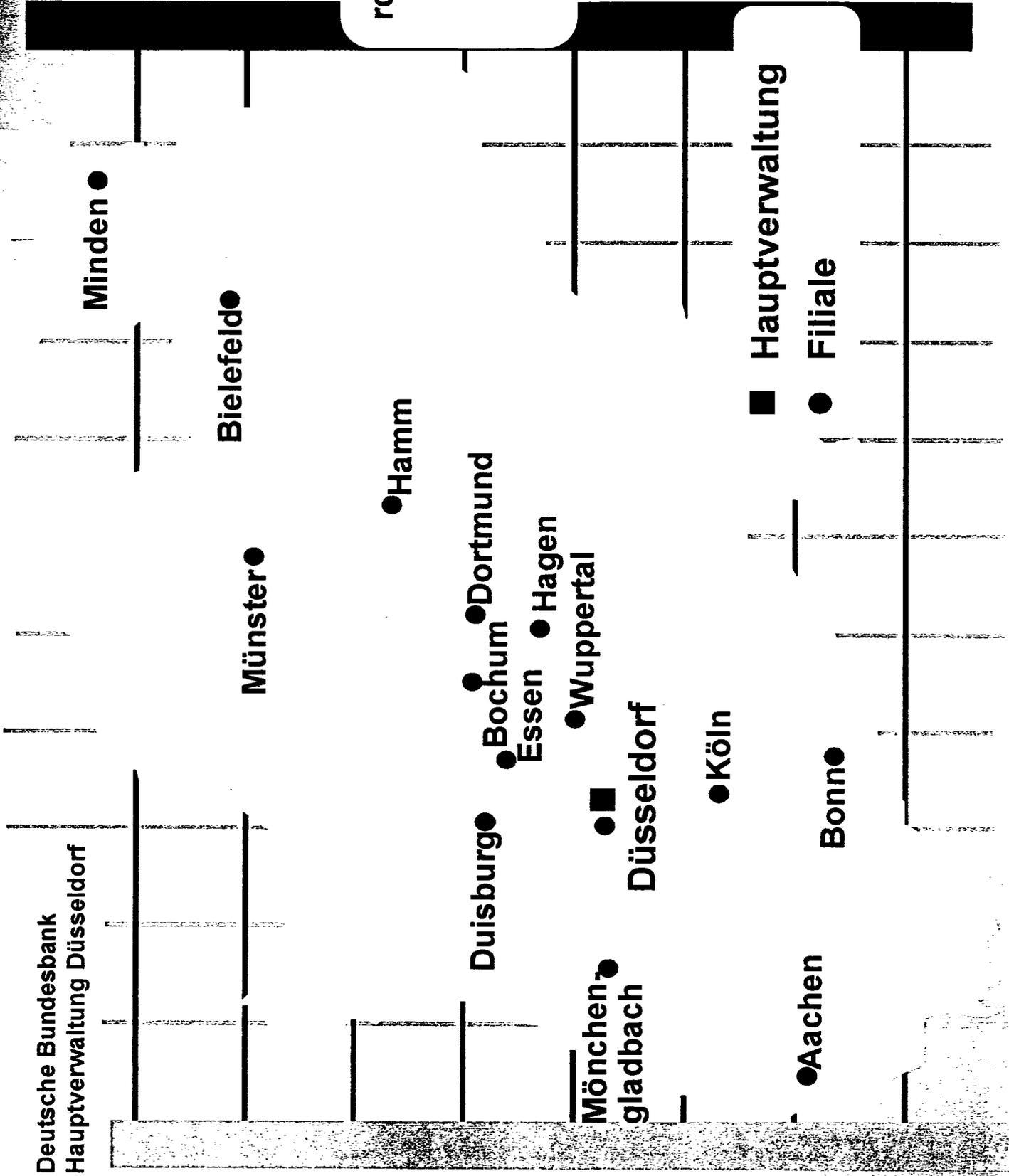
■ Hauptverwaltung

● Filiale

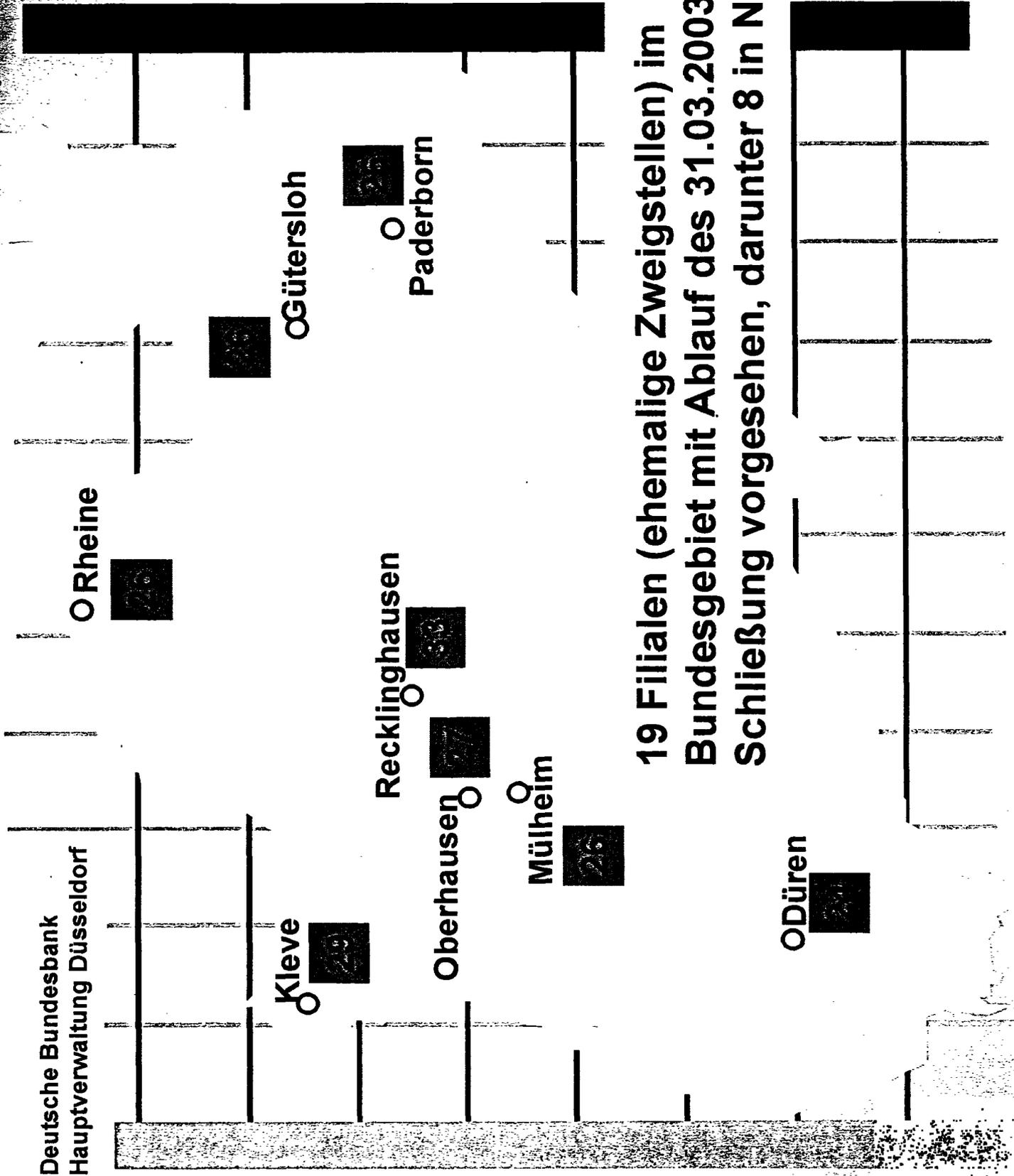
○ Betriebsstelle (ab 1.4.2003,
Schließung bis spätestens 30.4.2007)

2007

rd. 60 Filialen
im Bundes-
gebiet,
darunter
15 in NRW



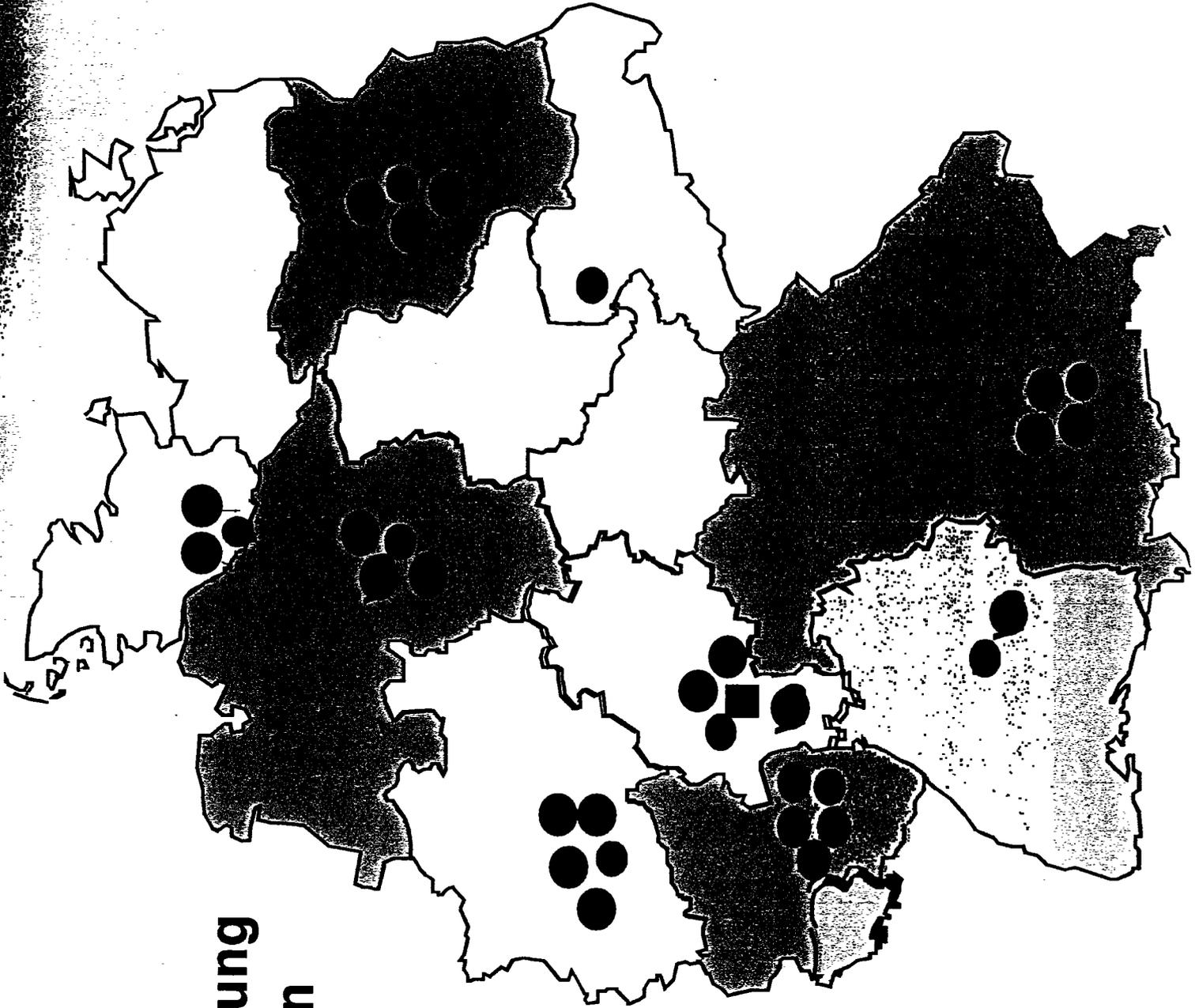
2003



19 Filialen (ehemalige Zweigstellen) im Bundesgebiet mit Ablauf des 31.03.2003 zur Schließung vorgesehen, darunter 8 in NRW

Deutsche Bundesbank
Hauptverwaltung Düsseldorf

Räumliche Verteilung der Servicezentren



Übersicht über die Einrichtung von Servicezentren

Deutsche Bundesbank
Hauptverwaltung Düsseldorf

Berlin	Düsseldorf	Frankfurt	Hamburg
<ul style="list-style-type: none"> • Beihilfearbeitung (P) • Darlehensbearbeitung (P) • Reise-/Umzugskosten/Trennungsgeld (P) 	<ul style="list-style-type: none"> • Organisationsuntersuchungen HV, Filialen und Servicezentren (C) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) • ZVP/EMZ-Betrieb (Z) • Projekte unbarer Zahlungsverkehr/Kontoführung (Z) 	<ul style="list-style-type: none"> • Betrieb(Kernteam, Tenderabwicklung sowie Führung der Dispositions- und Pfanddepots) (K) • Beschaffungen (Vb) • Zentrale Wertpapierabwicklung und Depot (Z) 	<ul style="list-style-type: none"> • Informationsaufbereitung für die Kostenrechnung und Leistungsrechnung/Bezugsstatistik (C) • Buchhaltung des Verwaltungsbereichs, Anlagenbuchhaltung, Stammdatenpflege (C)
Hannover	Mainz	München	Stuttgart
<ul style="list-style-type: none"> • Systembetreuung (Fachseitige Betreuung geldpolitischer Verfahren) (K) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) • Bau ab 1 Mio. Euro (Vb) 	<ul style="list-style-type: none"> • Bargeldlogistik (einschl. Sb-Notenbearbeitung) (H) • Antragsbearbeitung (H) • Außenwirtschaftsmeldungen (S) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) 	<ul style="list-style-type: none"> • Automatisierung der Geldbearbeitung (einschl. First Level Support und Videotechnik) (H) • Embargomaßnahmen (R) • Außenwirtschaftsprüfungen, Meldefragen, Auskünfte, Hotline (S) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kaufmännische Wohnungswartung (Vb)

Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Personalbestand am 15. Oktober 2002:

- Hauptverwaltung Düsseldorf: 904 AK
- 28 Filialen in NRW: 1.871 AK

• Die Anzahl der Mitarbeiter in der Hauptverwaltung Düsseldorf wird sich verringern

• Von den Schließungen der 13 Filialen bzw. Betriebsstellen in NRW sind insgesamt rd. 430 Mitarbeiter betroffen

Personalwirtschaftliche Umsetzung:

- Dauer des Umstrukturierungsprozesses etwa 3 Jahre
- Personalabbau etwa 10%
- Aus heutiger Sicht sozialverträgliche Regelung ohne betriebsbedingte Kündigungen